

Überblick

4/2016

Blick zurück nach vorn

- ▶ **Entwicklungen der Migrationsgesellschaft
Bundesrepublik Deutschland -
Eine Bestandsaufnahme**
- ▶ **Erfolge unserer Praxis?
Bericht von einer Tagung**

IDA_{NRW}

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
22. Jg., Nr. 4, Dezember 2016
ISSN 1611-9703

Inhalt

Blick zurück nach vorn

- **Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Eine Bestandsaufnahme**
Anne Broden 3

- **Erfolge unserer Praxis? Bericht von einer Tagung**
Anne Broden 7

- Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote** 10

- Literatur und Materialien** 10

- Nachrichten** 14

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
69 Ausgaben des *Überblick* habe ich seit Herbst 1999 herausgegeben. Dies ist die letzte Nummer, die ich zu verantworten habe. Die Überlegungen zum Schwerpunktthema, die Suche nach geeigneten Autor_innen, das Schreiben eigener Texte und das Redigieren gehörten mit zu meinen Lieblingsaufgaben bei IDA-NRW. Manche Ausgaben lagen mir thematisch besonders am Herzen, einige Themen bereiteten Kopfzerbrechen, weil ich keine geeigneten Autor_innen fand, die – oftmals kurzfristig und ohne Honorar – Texte schreiben konnten. Immer wieder habe ich die Gelegenheit genutzt, selbst Texte zu schreiben. Das Editorial war oft ein guter Anlass, Verstörungen angesichts der herrschenden Gewaltverhältnisse zu artikulieren. Manche Leser_in werde ich damit genervt haben, andere bezogen sich positiv gerade auf dieses Vorwort. Rückmeldungen habe ich in all den Jahren aber eher selten bekommen. Wenn, dann waren sie oft voll des Lobes. Manche Artikel von anderen Autor_innen oder mir waren sehr kritisch, doch nie äußerten Leser_innen Ärger oder gar Empörung. Mich befiel der Gedanke, dass der *Überblick* womöglich kaum gelesen – oder wenn, dann letztlich als so unbedeutsam eingeordnet wurde, dass Kritik erst gar nicht angesprochen werden musste. Kürzlich sprach ein Kollege vom *Überblick* als seiner Bibel. Auch wenn ich dies als Ausdruck seiner Wertschätzung annehmen kann, so wurde mir doch blümerant, denn Glaubensgrundsätze wollte ich hier nicht verkünden. Wohl aber war es mein Anliegen, die haupt- und ehrenamtlichen Multiplikator_innen in der Migrationspädagogik, der Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie in der Rechtsextremismusprävention mit Informationen und Argumenten zu unterstützen. Dies wird nicht immer gelungen sein, aber Rückmeldungen machten mir oftmals deutlich, dass diese kleine Fachzeitschrift geschätzt wird. Das ist vor allem den vielen, vielen Autor_innen zu verdanken, die in den vergangenen 17 Jahren (und hoffentlich auch weiterhin) bereit waren, ihre Kenntnisse und ihre Fachlichkeit für den *Überblick* zur Verfügung zu stellen. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle herzlich für die oftmals sehr unkomplizierte und kollegiale Zusammenarbeit danken.

Ich verabschiede mich mit dieser Ausgabe als Leiterin von IDA-NRW, denn ich wechsele die Stelle und freue mich auf neue Herausforderungen. Mein thematischer Schwerpunkt wird zukünftig in der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus liegen. Somit werde ich mit vielen Kolleg_innen, vor allem hier in NRW, auch weiterhin zusammenarbeiten können. Das freut mich sehr.

Herzlich Grüße
Anne Broden

Impressum

Der *Überblick* erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Unter <http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/> ist der *Überblick* auch im pdf-Format herunterzuladen.

Redaktion: Anne Broden

Der *Überblick* und IDA-NRW werden gefördert durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für 1/2017: 01.03.2017

Blick zurück nach vorn

Die beiden nachfolgenden Artikel setzen sich auf unterschiedliche Weise mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Themenfeld von Migration, Flucht und Rassismus auseinander und gehen der Frage nach, inwieweit sich Diskurse verschoben haben, der zivilgesellschaftliche Widerstand größer und vielleicht auch vernehmbarer geworden ist, wo und wie die Menschen, die sich im Feld von Rassismuskritik und Migrationspädagogik verorten, (Teil)Erfolge erzielen konnten und Niederlagen einstecken mussten.

Der erste Beitrag fokussiert die gesellschaftlichen Diskurse um Flucht und Migration sowie die Gewalt gegen Geflüchtete und Migrierte in den vergangenen 25 Jahren. Der zweite Beitrag geht auf der Folie der Diskussionen während einer rassistisch-kritischen Tagung den Aspekten von Erfolgen des rassistisch-kritischen Engagements nach und formuliert darüber hinaus Herausforderungen, offene Fragen und Gelingensbedingungen in unterschiedlichen Praxisfeldern.

Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Eine Bestandsaufnahme

Anne Broden

Dieser Beitrag versucht, Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland seit den 1990er Jahren bis heute aufzuzeigen und skizziert Herausforderungen für die Jugendverbands-, -bildungs- und -sozialarbeit.

Die 1990er Jahre

Anfang der 1990er Jahre kamen viele Menschen nach Deutschland, z. B. jüdische Kontingentflüchtlinge, (Spät-)Aussiedler_innen, Kriegsflüchtlinge aus dem auseinanderfallenden Jugoslawien und aus den kurdischen Gebieten in der Türkei. Die bundesdeutsche Gesellschaft war gespalten, die Diskurse, vor allem in den Medien und der Politik, waren von rassistischen Motiven durchwoben, der rechte Terror kostete viele Menschenleben. *Solingen* wurde zum Synonym dieser rassistischen Gewalt, als kurz nach der Verabschiedung des sog. Asylkompromisses am 30. Mai 1993 fünf Frauen der Familie Genç bei einem Brandanschlag auf ihr Haus in Solingen ums Leben kamen.

Auch damals kamen Kinder und Jugendliche nach Deutschland, die in ihren Herkunftsländern Bürgerkriege, Verluste von Familienangehörigen und Freund_innen, Gräueltaten und Genozide wie in Srebrenica erlebt hatten. Es kamen Kinder und Jugendliche in die Kitas, Schulen, Häuser der Offenen Tür, Jugendbildungseinrichtungen und Ju-

gendfreizeitmaßnahmen, die teilweise traumatische Erfahrungen gemacht hatten. Sie und ihre Familien sprachen kein oder nur wenig Deutsch, verfügten (noch) nicht über soziale Netzwerke und nur über geringe, oftmals über gar keine Kenntnisse darüber, wie die bundesrepublikanische Gesellschaft und ihre Institutionen funktionieren. Ihr Aufenthaltsstatus war oftmals völlig unsicher, vor allem bosnische Flüchtlinge waren ständig von der Gefahr der Abschiebung bedroht. Der sog. Asylkompromiss von 1993 mit der Einführung der Drittstaatenregelung und dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz sowie das später dazu gekommene Dublin-Übereinkommen waren Zeugnisse einer zunehmenden Abschottungspolitik Deutschlands und der EU. Die grundsätzliche Ablehnung, die die nach Deutschland Geflohenen oder Migrierten damals erlebten, war dadurch gekennzeichnet, dass weite Teile der Bevölkerung und auch der Politik die migrationsgesellschaftliche Realität leugneten. So sagte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung 1989: „Wir sind kein Einwanderungsland. Und wir können es auch nicht werden.“¹

Die Zivilgesellschaft zeigte sich teilweise erschrocken angesichts dieser Gewalt und reagierte mit antirassistischen Aktionen wie Lichter- und Telefonketten. Die Abschottungspolitik, die Verabschiedung des neuen Asylgesetzes, empörte nur die Wenigsten. Viele glaubten, dass mit der Abschottung weniger Migrierende und Flüchtende nach Deutschland kämen und sich dadurch automatisch die rassistische und rechts motivierte Gewalt verringern würde. Die Vorstellung, Rassismus und Rechtsextremismus begegnen zu können, indem das Grundrecht auf Asyl beschnitten und die Rechte der Migrierenden eingeschränkt werden, wird seit den frühen 1990er Jahren bis heute von einer Mehrheit in Politik und Gesellschaft als sinnvoll angesehen und in restriktiven Gesetzen umgesetzt.

In der Jugendsozial- und -bildungsarbeit sowie der Schule überwog zu Beginn der 1990er Jahre noch die defizitorientierte Ausländerpädagogik. Die sog. Interkulturelle Öffnung war ebenso wenig Thema wie struktureller Rassismus. Allein der Begriff Rassismus kam einer Zumutung gleich, glaubten doch weite Teile der bundesrepublikanischen Bevölkerung, dass der Rassismus in Deutschland am 8. Mai 1945 ein Ende genommen habe und allenfalls noch in den Köpfen einzelner Personen am extrem rechten Rand zu finden sei.

Entwicklungen bis 2011

Obwohl zu Beginn der 2000er Jahre nur relativ wenige Migrierende nach Deutschland kamen, ex-

¹ Zitiert nach http://www.deutschlandradiokultur.de/wie-deutschland-ein-einwanderungsland-wurde.954.de.html?dram:article_id=146702, (6.9.2016)

plodierte zu diesem Zeitpunkt die rassistisch und rechtsextrem motivierte Gewalt gegen sog. Migrant_innen und Geflüchtete, Schwarze Deutsche, Roma und Sinti erneut. Die Politik reagierte mit neuen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, vollzog dabei eine Abkehr von der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ – womit die gescheiterte Sozialpädagogik mit rechtsaffinen Jugendlichen gemeint war – und stellte Gelder für die Qualifizierung und Vernetzung von Fachkräften und Multiplikator_innen bei der Bekämpfung dieser gewaltvollen Phänomene zur Verfügung. Dass diese Gelder projektgebunden waren und zum Teil bis heute sind, führte allerdings dazu, dass nur unter schwierigen Bedingungen eine institutionalisierte und damit abgesicherte Arbeit „gegen Rechts“ und Rassismus auf die Beine gestellt werden konnte. Die Kämpfe für eine Verstetigung dieser Arbeit waren langwierig und haben viel Energie gekostet, aber Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen stehen zumindest in Westdeutschland heute deutlich abgesicherter da als noch vor 15 Jahren. Die rechten Szenen und Parteien wurden zunächst in Ostdeutschland und dann auch im Westen von den entstehenden Mobilen Beratungsteams fest in den Blick genommen. Mit der Implementierung und Verstetigung dieser zivilgesellschaftlichen Organisationen werden die gewaltvollen Strukturen und Ideologien der rechten Szenen und Parteien genauer beobachtet und analysiert, Maßnahmenkataloge für Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure erarbeitet und pädagogische Handlungskonzepte für die (Jugend-)Bildungsarbeit entwickelt.

Der Tatsache, dass Deutschland (schon immer) ein Einwanderungsland war, wurde im Jahr 2000 endlich durch ein neues Staatsangehörigkeitsrecht unter der rot-grünen Bundesregierung Rechnung getragen. Trotz mancher Mängel im Gesetz führten die Diskurse um die Abkehr vom Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) hin zum Geburtsortsprinzip (*ius soli*) zu einer weitgehenden Anerkennung dieser Realität, unabhängig davon, wie dies im Einzelnen bewertet wird.

Mittlerweile erreichen auch immer mehr Menschen mit Migrationserfahrungen und People of Color einen akademischen Abschluss und dies trotz der institutionellen und strukturellen Hemmnisse im deutschen Schul- und Ausbildungssystem; Pädagog_innen, Jurist_innen, Mediziner_innen ... mit sog. Migrationshintergrund oder People of Color gehören zum Alltag in Deutschland, auch wenn sie aufgrund des alltäglichen Rassismus, aufgrund der herrschenden Homogenitäts- und Normalitätsvorstellungen immer noch nicht als unhinterfragt dazugehörig anerkannt werden. Die Juristin mit türkischen Wurzeln, der Mediziner aus dem Iran, der indischstämmige Journalist – sie irritieren immer seltener die „Sehgewohnheiten“ der Mehrheitsangehörigen – unabhängig da-

von, wie diese das finden. Die migrationsgesellschaftliche Realität ist unhintergebar, die Frage ist nicht, ob wir in unserer Gesellschaft zusammenleben wollen, sondern wie.

Auch in der Rassismuskritik und Migrationspädagogik sind wir deutlich weiter gekommen. Zu Beginn der 1990er Jahre gab es in Deutschland noch so gut wie keine rassismuskritischen Diskurse. May Ayim, Katharina Oguntoye und Dagmar Schulz veröffentlichten 1986 ihr bemerkenswertes Buch „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“. Annita Kalpaka und Nora Rätzkel waren mit die ersten, die von der „Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“, sprachen. Birgit Rommelspacher schrieb 1995 von der Dominanzkultur, Rassismusforscher wie Robert Miles, Albert Memmi, Etienne Balibar oder Stuart Hall wurden erst ab den 1990er Jahren vermehrt ins Deutsche übersetzt und rezipiert. Demgegenüber haben wir mittlerweile eine enorme Bandbreite von Publikationen im Kontext der Rassismustheorie und Migrationspädagogik. Und auch wenn wir in Deutschland noch keinen Lehrstuhl für Rassismustheorie haben, so werden doch unter Titeln wie „Interkulturelle Bildung“ oder „Migration und Bildung“ längst innovative Ansätze der Migrationspädagogik und Rassismuskritik gelehrt. In den 2000er Jahren wird langsam das Sprechen über Rassismus möglich und Migration als gesellschaftliche Realität auch in der Kinder- und Jugendbildungs-, -verbands- und -sozialarbeit zum Thema. Allerdings gehören die defizitorientierte Ausländerpädagogik und die differenzbetonende interkulturelle Pädagogik immer noch zum Inventar vieler Multiplikator_innen; aber die innovativen Impulse der Migrationspädagogik werden mehr und mehr in der Kinder- und Jugendbildungs- sowie -sozialarbeit wahrgenommen.

Seit 2011

Die weit über 150 rassistisch und rechtsextrem motivierten Morde, die seit Beginn der 1990er Jahre begangen worden waren, wurden bis November 2011 als Taten von rechten Einzeltätern oder Kleingruppen abgetan. Die Existenz einer extrem rechten Terrorgruppe wurde lange Zeit negiert. Die Selbstenttarnung des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 setzte der Vorstellung von Einzeltätern oder Kleinstgruppen ein jähes Ende. Durch die Zuordnung des NSU zu neun Morden an migrantischen Unternehmern und einer Polizistin sowie mindestens zwei Brandanschlägen und zahlreichen Raubüberfällen sowie durch die Erkenntnisse unterschiedlicher Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Länderebene erfuhr die interessierte Öffentlichkeit nicht nur von der Mordserie, den Anschlägen und Überfällen der Terrorist_innen, sondern musste auch zur Kenntnis nehmen, dass Verfolgungsbehörden und Verfassungsschutz in unerträglicher Weise versagt hatten: Die jahrelan-

ge Kriminalisierung der Opfer und ihrer Angehörigen, das systematische Ausblenden der Möglichkeit einer extrem rechten Tätergruppe, die Vernichtung von Akten und die Unterschlagung von Auskünften verweisen auf ein systematisches Staatsversagen. Diese Erkenntnis wurde im Bericht des Thüringischen Landtags zum NSU-Untersuchungsausschuss erstmalig so deutlich benannt.²

Kurz nach dem Bekanntwerden der Verbrechen war eine erhöhte Sensibilität und Betroffenheit über das Ausmaß der rassistischen und rechts motivierten Gewalt spürbar. Diese Sensibilität scheint aber wieder verloren gegangen zu sein. Es sind die *Profis* in den Beratungseinrichtungen und zivilgesellschaftliche (ehrenamtliche) Akteur_innen, teilweise organisiert in Verbänden und Vereinen, denen die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten oder das soziale Engagement für und mit Geflüchtete(n) weiterhin ein Anliegen ist. Seit Herbst 2014 haben wir es in der ganzen Republik wieder mit einer rassistischen Hetze, einer erneuten Gewalteskalation und einer allgemeinen Abwehr von Migration an sich zu tun, dass es den Anschein hat, dass wir nach ein paar Schritten vorwärts wieder viele Schritte zurückgehen.

Die aktuelle rassistisch motivierte Gewalt ist aufgrund des geringen Datenmaterials aus den frühen 1990er Jahren kaum mit damals zu vergleichen. Für die negativ von dieser Gewalt Betroffenen spielen Zahlen auch keine Rolle. Jede Gewalttat ist eine Katastrophe, in erster Linie die real erfahrene Gewalt, aber auch das Wissen um diese Realität erzeugt Angst und kann beispielsweise bei traumatisierten Geflüchteten zu einer Re-Traumatisierung oder einer Chronifizierung des Traumas führen.

Die Gewalt geht nicht nur von militanten Neonazis aus, sondern kommt teilweise aus der sog. Mitte der Gesellschaft. Im Rahmen der Aufmärsche der *gida-Bewegung werden zahlreiche Menschen attackiert, wobei die Zusammensetzung dieser Aufmärsche von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich sein kann.

Die rechtsextrem motivierte Gewalt hat seit dem Herbst 2015 vermehrt Aufmerksamkeit erfahren, weil nun auch Politiker_innen und Journalist_innen, die sich beispielsweise für Geflüchtete einsetzen, angegriffen werden. Erst die rechte Gewalt gegen Mehrheitsangehörige und Honoratioren hat auch das Ausmaß der rassistischen und rechts motivierten Gewalt gegen Geflüchtete in der (medialen) Öffentlichkeit zum Thema werden lassen.

Neben den *gida-Bewegungen ist auch die AfD eine ernstzunehmende Herausforderung für die Bundesrepublik. Es sind vor allem die völkisch-

rassistischen Diskurse, die ein Klima von Hass und Angst erzeugen. Aber der (zivil-)gesellschaftliche Widerstand ist gegenüber den frühen 1990er Jahren größer geworden, die Sensibilität für das Gefahrenpotenzial, dem rassistisch diskreditierbare Menschen ausgesetzt sind, hat zugenommen. Es gibt heute mehr Solidarität mit Opfern und Angehörigen der von der Gewalt Betroffenen. Auch das Bewusstsein für die Bedeutung und die Konsequenzen, die einer rassistischen Medienberichterstattung und entsprechenden politischen Äußerungen zukommen, nämlich letztlich die Legitimation von rassistisch motivierter Gewalt zu befördern, ist in den vergangenen 25 Jahren gewachsen. Das vor allem seit den 2000er Jahren enorm gestiegene zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus zeigt – trotz aller Widrigkeiten – Erfolge. Die Frage, warum wir es gleichzeitig mit so viel mehr Gewalt und einem derartigen Zuspruch zu völkisch-rassistischen Positionen zu tun haben, wenn doch Fortschritte in der Medienberichterstattung und vor allem im zivilgesellschaftlichen Engagement zu verzeichnen sind, ist nicht abschließend geklärt: Der Verweis auf die angeblich wirtschaftlich abgehängten Anhänger_innen von Pegida und AfD überzeugt nicht zur Gänze, denn dann müssten solcherart Bewegungen und Parteien in Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien doch auf viel größeren Zuspruch stoßen als in Deutschland. Andererseits betreiben Pegida und AfD mit ihrer rassistischen Hetze das „Geschäft mit der Angst“³ und können diese Politik sehr erfolgreich für sich instrumentalisieren. Auch die sexistische und sexualisierte Gewalt in der Silvesternacht in Köln hat insbesondere dem antimuslimischen Rassismus der Rechtspopulist_innen in die Hände gespielt; ihre systematische Diskreditierung geflüchteter Männer im Allgemeinen und „nordafrikanischer Männer“ im Besonderen war und ist anschlussfähig an sehr problematische mediale und politische Diskurse. „Köln“ hat zu einem deutlichen Anstieg der Beleidigungen, Bedrohungen und zu tätlichen Angriffen gegenüber den entsprechend markierten Menschen geführt. Im Namen des Feminismus wird rassistisch argumentiert und dies besonders laut von Seiten der CSU und ihres Vorsitzenden Horst Seehofer. Dabei war es die CSU, die erst 1997 Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand anerkannte. So werden humanitäre Interessen gegeneinander in Stellung gebracht.

Aber nicht nur die Anhänger_innen von *gida-Bewegung und AfD trauen sich heute im öffentlichen Raum Dinge auszusprechen, die meiner Wahrnehmung nach früher so nicht geäußert wurden. Ob in der Straßenbahn, bei Vorträgen, beim Familientreffen – die Rede von der *Lügenpresse*, die

² Vgl. http://www.thueringer-landtag.de/mam/landtag/aktuell/2014_8/drs58080.pdf

³ Vgl. dazu Zeitschrift des IDA-NRW „Überblick“ 3/2016 unter <http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/> (15.11.2016)

Diskreditierung von Geflüchteten, vor allem von muslimischen Männern, aber auch von Politiker_innen – das Sagbare scheint sich verschoben zu haben, despektierliche Äußerungen gehören mittlerweile zum Alltagsdiskurs und werden kaum infrage gestellt.

Die terroristischen Anschläge in Frankreich, Belgien und seit dem Sommer 2016 nun auch in Deutschland dienen nicht nur den Rechtspopulist_innen, sondern auch der Bundesregierung zur Legitimation einer verschärften Abschottungspolitik und dem Abbau von Grundrechten. Die Diskussion um Burka- und Burkiniverbot machen deutlich, dass im Namen der *Nationalen Sicherheit* politische Anliegen durchgesetzt werden sollen, die mit Terrorabwehr nicht das Geringste zu tun haben, wohl aber mit der rassistisch untermauerten Abwehr von muslimisch markierten Menschen, die angeblich nicht zu unserer Kultur passen und eine Gefahr für unsere Gesellschaft, unsere Werte darstellten.

Die bundesdeutsche Gesellschaft erscheint im Jahr 2016 zunehmend polarisiert: Extrem Rechte, Rechtspopulist_innen und auf Abschottung beharrende Politiker_innen, Medienvertreter_innen und Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus stehen den Menschen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen gegenüber, die sich für Grundrechte und gegen einen drohenden Demokratieabbau zur Wehr setzen, ebenfalls unterstützt von Politiker_innen und Medienvertreter_innen, die ebenso das wieder stabilisierte und weiterhin tödliche *Grenzregime Europa* zu problematisieren und zu verändern suchen. Dass dieses Grenzregime jährlich tausende Todesopfer fordert, wissen wir: Insgesamt sind seit Januar dieses Jahres mindestens 4220 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf die Internationale Organisation für Migration meldet.⁴ Aber die Regierungen Europas gerieren sich als Menschenretter.

Konsequenzen für unsere Arbeit

Die negativ Betroffenen der rassistischen Gewalt finden mehr und mehr psychosoziale und auch juristische Unterstützung und werden mit den Gewalterfahrungen nicht mehr ganz allein gelassen. Dennoch sind die Beratungsstrukturen nicht in allen Bundesländern so ausgebaut, dass wir von einem flächendeckenden und wirklich ausreichendem Beratungsnetz sprechen können.

Neben der faktischen Gewalt stellt auch die Angst, Opfer eines rassistisch oder rechtsextrem motivierten Angriffs zu werden, eine große (psychische) Belastung für rassistisch diskreditierbare Menschen dar. Dementsprechend sind die Beratungsstrukturen weiter auszubauen und die Soli-

darität mit den Betroffenen der Gewalt bzw. mit den diskreditierbaren Menschen ist zu stärken. Zugleich sind auf allen gesellschaftlichen Ebenen, also in den Parlamenten, den Parteien, der Justiz, den Medien, der Kinder- und Jugendsozial-, -bildungs- und -verbandsarbeit, der Schule etc. Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu ächten, zu problematisieren, zu skandalisieren. Egal, ob es um die Empörung über die angebliche „Islamisierung Europas“ (Pegida) oder die Rede über die vermeintliche Integrationsunfähigkeit- und -unwilligkeit geht – die menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologien müssen immer und überall zum Thema gemacht und problematisiert werden. Wie dies angemessen(er) geschehen kann, gerade auch in der Kinder- und Jugendverbands-, -bildungs- und -sozialarbeit, darüber können IDA und IDA-NRW informieren, beraten und entsprechenden Akteur_innen begleitend zur Seite stehen. Für die kommunalen Akteur_innen sind die Mobilen Beratungsteams, die mittlerweile in den meisten Bundesländern verankert sind, die geeigneten Ansprechpartner_innen. Sie verfügen auch über das Knowhow, wie mit rechten Aufmärschen etc. angemessen umzugehen ist.

Deutschland und Europa haben nach dem allzu kurzen Herbst der Menschlichkeit ihre Zäune wieder hochgezogen bzw. diese noch erhöht. Wenn europäische Politiker_innen heute davon sprechen, dass Fluchtursachen bekämpft werden müssen, meinen sie damit in der Regel nicht, dass die problematischen Weltwirtschaftsverhältnisse auf den Prüfstand gestellt werden müssen, dass Ausbeutungsverhältnisse abgeschafft werden, dass unsere wirtschaftlichen Interessen nicht weiterhin auf dem Rücken der Menschen des globalen Südens durchgesetzt werden dürfen, dass die von uns produzierten und exportierten Waffen Kriege und damit Flucht verursachen etc. Mit Fluchtursachenbekämpfung meinen EU-Politiker_innen vor allem die Abwehr von Geflüchteten. Diese Politik muss dringend problematisiert werden. Fluchtursachen bekämpfen heißt, sich für eine andere, faire Weltwirtschaftsordnung einzusetzen. Industriell arbeitende Fischfangflotten vor der Küste Senegals, die Produktion von Kleidung zu Niedriglohnbedingungen in Bangladesch, pestizidverseuchte Blumen aus Kolumbien, Rüstungsexporte in Kriegsgebiete ... – die Liste möglicher Themen und Ansatzpunkte zur Problematisierung der fluchterzeugenden Weltwirtschaft ist lang.

Nun kann die Mitarbeiterin eines Hauses der Offenen Tür, der Sozialarbeiter in einer Flüchtlingsunterkunft, die Übungsleiterin beim Sport nicht auch noch die Politik der Bundesregierung ständig problematisieren und zu verändern suchen. Aber es reicht eben nicht aus, nur gute Kinder- und Jugendarbeit zu leisten. Wir müssen Netzwerke schaffen, Verbündete suchen, die ihre Aufgabe darin sehen, die diskriminierenden und men-

⁴ <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/mittelmeer-mehr-als-200-fluechtlinge-sterben-vor-libyen-a-1119571.html> (20.11.2016)

schenverachtenden Rahmenbedingungen zu problematisieren und letztlich zu verändern. Was die Mitarbeiterin im Jugendtreff oder der Übungsleiterin im Sport nicht schafft, kann aber vielleicht sein ihr Verband. Jugendverbände und vor allem die entsprechenden Dachverbände (Jugendringe), der Sportbund, die Gewerkschaften, Kirchenleitungen etc. sind die Ebenen, die die Problemlagen an der Basis kennen und die die Kanäle zur Politik haben, um für eine andere Politik einzutreten. Zugleich sollten sich Schulen, Jugendverbände, Häuser der Offenen Tür, Bildungsstätten noch entschiedener den Herausforderungen der Migrationsgesellschaft stellen, z. B. indem sie Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationserfahrungen abbauen, differenzsensible Fachkräfte unterschiedlicher ethnisch-nationaler und kultureller Zugehörigkeit einstellen, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen grundsätzlich entschlossen entgegenzutreten, sich für einen diskriminierungsfreien Raum einsetzen, proaktiv auf Geflüchtete zugehen und Solidarität als bedeutendes Bildungsziel verstehen. Die Lehrenden und Fachkräfte selbst sollten die Realität der Mehrfachzugehörigkeit anerkennen, Heterogenität als Normalität begreifen, rassistische Zugehörigkeitsordnungen, also die Unterscheidung zwischen uns, den fraglos Zugehörigen, und ihnen, den angeblich nicht Zugehörigen, immer wieder infrage stellen. Ansätze einer rassismuskritischen Migrationspädagogik sind an vielen Stellen beschrieben und müssen hier nicht wiederholt werden (etwa Mecheril 2004, Broden 2017). Eine Pädagogik, die den Realitäten der globalisierten Gesellschaft gewachsen sein will, steht nicht erst im Jahr 2016 vor enormen Herausforderungen. Phänomene wie Flucht und Arbeitsmigration kennzeichnen die Bundesrepublik Deutschland seit über 60 Jahren, innovative pädagogische Ansätze sind vorhanden, es gibt also keinen Grund zu verzagen, die dicken Bretter wollen gebohrt werden.

Literatur

- Broden, Anne (2017): Rassismuskritische Bildungsarbeit. Herausforderungen – Dilemmata – Paradoxien, in: Karim Fereidooni/Meral El (Hg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen, Wiesbaden, 819-835.
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (Hg.) (1994): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Köln
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim/Basel
- Oguntoye, Katharina/Opitz, May/Schultz, Dagmar (Hg.) (1986): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und zu Macht, Berlin

Ermutigung

Du, laß dich nicht verhärten
in dieser harten Zeit.

Die allzu hart sind, brechen,
die allzu spitz sind, stechen
und brechen ab sogleich.
(...)

Du, laß dich nicht erschrecken
in dieser Schreckenszeit.

Das wolln sie doch bezwecken
daß wir die Waffen strecken
schon vor dem großen Streit.
(...)

Du, laß dich nicht verbrauchen,
gebrauche deine Zeit.

Du kannst nicht untertauchen,
du brauchst uns und wir brauchen
grad deine Heiterkeit.
(...)

(Wolf Biermann)

Erfolge unserer Praxis? Bericht von einer Tagung

Anne Broden

Nach über 17 Jahren als Leiterin des IDA-NRW verabschiedete ich mich von dieser Fachstelle. Ich nutze die Gelegenheit, hier im Überblick, den ich all die Jahre über herausgegeben habe, rückblickend über Herausforderungen, Erfolge und Gelingensbedingungen der rassismuskritischen und migrationspädagogischen Arbeit zu schreiben. Dies geschieht auf der Grundlage der Diskussionen auf einer Tagung, die im Oktober 2016 in Dortmund stattgefunden hat.

Herausforderungen, offene Fragen, Erfolge und Gelingensbedingungen unserer Arbeit

Mitte Oktober hat IDA-NRW in Kooperation mit der „Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim), der Technischen Universität Dortmund und dem „Center for Migration, Education and Cultural Studies“ der Universität Oldenburg eine zweitägige Tagung zum Thema „Laut(er) werden? Rassismuskritische und migrationspädagogische Herausforderungen angesichts gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse“ durchgeführt.

Zwei zentrale Themen strukturierten diese Tagung: Zum einen die Frage, welche Herausforderungen wir, ehren- und hauptamtlich Aktive aus Flüchtlingsinitiativen, Nord-Süd-Gruppen, (Mobilen) Beratungseinrichtungen, Studierende und Lehrende an Universitäten und Fachhochschulen, in unserer rassismuskritischen und/oder migrationspädagogischen Arbeit sehen. Zum anderen die Frage, was ein Erfolg unserer Arbeit ist, woran wir einen Erfolg erkennen und messen können.

Herausforderungen

Einige der auf der Tagung benannten Herausforderungen seien hier exemplarisch benannt:

Immer wieder machen wir die Erfahrung, dass Kritik nicht gewollt wird oder ungehört verhallt. So werden beispielsweise die Existenz von strukturellem Rassismus und die Notwendigkeit ihrer Thematisierung gerade von Seiten der Politik immer wieder mit der Begründung zurückgewiesen, dass wir in einer Demokratie lebten; da gäbe es keinen Rassismus. Diese Position begegnet uns oft – auch außerhalb der Politik. Rassismus wird als ein Phänomen verstanden, dass mit dem 8. Mai 1945 oder spätestens mit der vermeintlichen *Entnazifizierung* als abgeschlossen gilt und heute allenfalls noch am extrem rechten Rand existiere. Auch die Zielgruppen unserer Bildungsarbeit, Vertreter_innen der Jugendbildungs- und -sozialarbeit, der Verbände, der Häuser der Offenen Tür, der Jugend- und Erwachsenenbildungseinrichtungen, der Schulen, der Wohlfahrtsverbände wünschen sich nicht so sehr eine kritische theoretische Einbettung von Rassismus und Migration in bestehende Herrschaftsverhältnisse, sondern erwarten oftmals „Patentrezepte“ und „Methodenkoffer“. Dass eine angemessene Praxis ohne theoretisches Grundwissen, beispielsweise über Ursachen und Hintergründe des Rassismus oder über migrationsgesellschaftliche Fragestellungen, kaum gelingen kann, wird oft ausgeblendet. Dass Rassismus weniger ein Phänomen mangelnder Bildung oder fehlender Moralität, sondern vor allem ein strukturelles Problem ist, mit dem die Individuen auch trotz guter Bildung und hoher moralischer Ansprüche verwohen sind, wird ausgeblendet. Stattdessen werden Workshops zu Themen wie Toleranz und Zivilcourage, Gedenkstättenfahrten und interkulturelle Begegnungen angeboten. Dabei wird dem Besuch von Auschwitz oder dem Schüler_innenaustausch mit Frankreich eine immunisierende Wirkung gegen Rassismus und Rechtsextremismus zugesprochen. Die gewaltvollen Strukturen werden hingegen nicht problematisiert.

Bildungsarbeit im Themenfeld der Rassismuskritik stößt immer wieder an Grenzen. Eine dieser Grenzen können unreflektierte Privilegien und mangelnde Empathiefähigkeit sein. Besonders deutlich wurde mir dies auf einer Vorstandssitzung eines katholischen Trägers, der mich eingeladen hatte, um über Rassismus zu sprechen. Der Vorstand wollte Rassismus im kommenden Jahr zum Schwerpunkt seiner Arbeit machen und Anregungen für mögliche Arbeitsansätze finden. Da mir nicht ganz klar war, auf welche Kenntnisse ich aufbauen könnte, fragte ich die Vorstandsmitglieder, was sie über Rassismus wüssten. „Wissen Sie, ich rede weiter von Negern, das eigentliche Problem ist doch die political correctness“, so lautete die erste Antwort eines weißen Mannes, wahrscheinlich über 60 Jahre, gut verdienend,

weil in höherer Position bei der katholischen Kirche angestellt, verheiratet, wahrscheinlich heterosexuell und recht gesund.

Rassismuskritik hebt u. a. auch auf Verteilungsgerechtigkeit ab und Verteilungsgerechtigkeit kann nicht thematisiert werden, ohne über Privilegien zu sprechen. Aber warum sollten Privilegierte wie dieser Mann ihre Privilegien, z. B. die Zufälligkeit des Geburtsortes und -jahres, prosperierende Wirtschaft, den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Übereinstimmung mit den hegemonialen Normalitätsvorstellungen etc. selbstkritisch reflektieren, dadurch entstandene Vorteile als nicht selbstverständlich einordnen und weniger privilegierten Menschen mit Empathie und Solidarität begegnen, wenn wir doch in einer Gesellschaft und einem Wirtschaftssystem leben, die und das uns täglich aufs Neue erzählen, dass jeder seines Glückes Schmied sei? Rassismuskritik hat einen schweren Stand angesichts dieser vermeintlichen Gewissheiten.

Offene Fragen

Die Diskussion um die Erfolge unserer Arbeit wurde eingeleitet von einigen grundlegenden Fragestellungen, die ich kurz skizzieren möchte:

1. Verstehen wir eigentlich ausreichend, was gerade passiert in Aleppo, Mossul und Kabul, angesichts von Trump, Le Pen und Petry, in Bezug auf Weltwirtschaft, Flucht und Migration ...? Wie können wir „laut(er) werden“, wenn wir doch gar nicht ausreichend analytisch erfassen, was um uns geschieht?
2. Wann ist ein strategisches Vorgehen sinnvoll, wann ist es z. B. zweckmäßiger, vom *Interkulturellen* zu sprechen statt von *Rassismus*, weil der Rassismusbegriff als solcher oftmals Abwehr erzeugt und somit Zugänge zu den Zielgruppen erschwert werden?
3. Wie können Prozesse der Selbstreflexion angestoßen werden und ist das eine Frage der „Lautstärke“?
4. Wollen wir vielleicht „lauter werden“ um der eigenen Selbstgefälligkeit Willen, weil wir z. B. gerne im Rampenlicht stehen und gesehen werden? Ist dann Kritik nur eine Attitüde dieser Selbstgefälligkeit?
5. Was sind Gelingensbedingungen von Rassismuskritik und Migrationspädagogik?

Allein die Frage nach dem angemessenen analytischen Verständnis machte deutlich, dass die diesbezüglichen Wahrnehmungen weit auseinander lagen. Während die einen dieses mangelnde Verständnis von sich selbst kennen, wiesen dies andere weit von sich.

Erfolge und ihre Messbarkeit

Ein Vortrag zum Thema „(Un)Wirksamkeit rassismuskritischer Intervention in der Öffentlichkeit“ näherte uns der Frage nach Erfolgen, ihrer Mess-

barkeit und ihrer Bedingungen. Im Vortrag wurde darauf verwiesen, dass wir sowohl in Bezug auf die Mobilisierung von zivilgesellschaftlichem Engagement als auch bei der Verankerung von Rassismustheorie und Migrationspädagogik in der universitären Lehre und der (außerschulischen) Bildungsarbeit weiter gekommen sind. Ob wir von Erfolgen rassismuskritischer Interventionen sprechen können, beispielsweise in Hinblick auf die Widerlegung der Thesen Thilo Sarrazins, bei der Forderung nach einer angemessenen Sprache in Kinderbüchern, in der Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Abschottungspolitik Europas etc., wurde ebenfalls kontrovers diskutiert. Die Uneindeutigkeit von Erfolgen, die Frage, woran wir einen Erfolg messen, standen im Raum. Ist die Berichterstattung über rassismuskritische Aktionen im deutschen Feuilleton ein Erfolg auf dem Weg zu weniger gewaltvollen gesellschaftlichen Verhältnissen?⁵

Ich denke manchmal, dass ich gute Arbeit geleistet habe, wenn die Teilnehmenden eines Workshops mehr um die Subtilität und Normalität des Rassismus wissen oder sich handlungssicherer im Umgang mit rassistischen oder antisemitischen Äußerungen im Kollegium, im Klassenzimmer oder im Haus der Offenen Tür zeigen. Aber weder das Feuilleton noch die Handlungssicherheit verändern unmittelbar gesellschaftliche Gewaltverhältnisse. Der langfristige Erfolg unseres Engagements für weniger rassistische, für gerechtere Verhältnisse misst sich nicht an einzelnen Etappensiegen.

Gelingensbedingungen

Eine Kleingruppendiskussion während der Tagung ging den notwendigen Gelingensbedingungen für eine angemessene(re) rassismuskritische und migrationspädagogische Arbeit nach. Im Plenum wurden folgende Aspekte zusammengetragen:

- Eine gewisse Beharrlichkeit und Geduld ist notwendig, um nicht vorschnell aufzugeben angesichts mangelnder Erfolge bzw. der Erfahrung, manchmal einen Schritt voranzukommen, um im nächsten Moment das Gefühl zu haben, zwei Schritte zurückgeworfen zu werden.
- Eine grundlegende Entschiedenheit in unserem Engagement, die Begeisterung fürs Bohren dicker Bretter ist vonnöten. Zur Erinnerung: Albert Camus verwies darauf, dass wir uns Si-

syphos als glücklichen Menschen vorstellen müssen.

- Zugleich brauchen wir einen realistischen Blick auf Chancen und Grenzen unserer jeweiligen Praxen bei der Veränderung der gewaltvollen gesellschaftlichen Verhältnisse.
- Kollegialer Austausch, gerade auch über Dinge, die misslingen oder immer wieder Schwierigkeiten bereiten, ist unabdingbar.
- Vernetzung mit Gleichgesinnten, mit denen wir zusammen an einem Strick ziehen können, stärkt unser Engagement.
- Selbstsorge im Sinne der eigenverantwortlichen Prävention vor einem allzu schnellen Ausbrennen ist unerlässlich.

„Bildung ist subversiv“ ...

... so die Meinung eines Kollegen. Und Bildung, so der Erwachsenenbildner Erhard Meueler, „kann von außen immer nur angeregt, nie aber bewusst hergestellt werden.“ (Meueler 2009, 149). Das bedeutet: Das Subjekt bildet sich selbst, Bildung ist durch Andere nicht zu erzwingen. Dies gilt auch für politisches, z. B. rassismuskritisches Engagement. Wir wissen oftmals nicht, was wir damit erreichen. Die Geschichte einer kleinen politischen Aktion und einer ihrer ungeahnten Konsequenzen möchte ich zum Schluss erzählen; es ist die Geschichte einer kurzen Aktion, die zumindest keinen absehbaren oder eindeutig identifizierbaren Erfolg aufwies:

Während des Fußball-Weltmeisterschaftsspiels Deutschland gegen Chile am 14. Juni 1974 im Olympiastadion von Berlin ließen die Mitglieder der Berliner Chile-Solidaritätsgruppe und zahlreiche Sympathisant_innen, insgesamt über 150 Menschen, Luftballons mit der Aufschrift „Chile Si – Junta No“ steigen und entrollten ein riesiges Transparent, das sie unter ihren T-Shirts ins Stadion geschmuggelt hatten, mit dem gleichen Slogan, um auf die gewaltsame Militärdiktatur in Chile aufmerksam zu machen. Sie skandierten „Venceremos“, ein Begriff, der im Kontext des Widerstands gegen diese Militärdiktatur nicht nur als „Wir werden siegen“, sondern als „Wir werden die Diktatur besiegen“ verstanden wurde. Der ZDF-Kommentator erklärte der deutschen Fußballnation dieses *Venceremos* allerdings folgendermaßen: „Immer noch feuern die von starken Polizeikräften geschützten chilenischen Schlachtenbummler ihre hoffnungslos zurückliegende Mannschaft mit ‚Venceremos‘ – das heißt ‚Wir werden siegen‘ an.“ (Balsen/Rössel 1986, 338) Ansonsten war von der gesamten Aktion der Solidaritätsgruppe im Fernsehen wenig zu bemerken, obwohl diese Aktion gerade darauf abzielte, die Militärdiktatur in Chile ins öffentliche Bewusstsein zu holen und auf die Menschenrechtsverletzung wie Folter und Inhaftierung politischer Gegner_innen aufmerksam zu machen. Die Aktion schien also kei-

⁵ Ein Kollege merkte bezüglich des Feuilleton an, dass er in der Zeitschrift *Wochenblatt für Landwirtschaft & Landleben* einen Artikel zum Thema „Rechtsextreme Einstellungen im ländlichen Raum“ platzieren konnte (zwei Seiten weiter wurde über den Preis von Schlachtkälbern informiert ...) und meinte, dass dieser Beitrag wahrscheinlich ebenso wichtig sei wie die Berichterstattung im Feuilleton ...

nen Erfolg gehabt zu haben, zumal der gesamte Block bald von der Polizei geräumt wurde.

Viele Jahre später, 1985, sprach ich mit einem Chilenen über Sinn und Zweck von Solidaritätsarbeit in Deutschland. Ich war skeptisch in Bezug auf die Wirksamkeit solidarischer Arbeit im fernen Europa, aber der Chilene schmunzelte nur über meine Unwissenheit und erzählte, dass er als politischer Gefangener in Santiago de Chile im Gefängnis gesessen und eben dieses Spiel mit anderen politischen Gefangenen im Fernsehen verfolgt und sowohl die Luftballons als auch das Transparent gesehen und die Sprechchöre gehört habe. „Die Tatsache, dass sich im fernen Europa uns völlig fremde Menschen für unser Schicksal interessierten und auf die Situation in Chile aufmerksam machten, hat mir damals die notwendige Zuversicht gegeben, die Zeit im Gefängnis zu überleben.“

Vielleicht sollten wir uns vermehrt über derartige Erfahrungen austauschen.

Literatur

Balsen, Werner/Rössel, Karl (1986): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln

Meueler, Erhard (2009): Die Türen des Käfigs. Subjektorientierte Erwachsenenbildung, Baltmannsweiler

Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote

Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft

Weiterbildung zur Trainer_in und Berater_in

Das Zentrum für Praxisentwicklung (ZEPR) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg bietet im Zeitraum von Mai 2017 bis Juli 2018 eine Weiterbildung zur Trainer_in und Berater_in im Themenbereich „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“ an. Dabei steht die Frage, wie der Realität der Einwanderungsgesellschaft im pädagogischen Handeln angemessen Rechnung getragen werden kann, im Fokus. „Wie kann jeder_m gleichwertige Zugänge zu Ressourcen und Dienstleistungen bzw. zu formellen und informellen Bildungsangeboten der Jugendhilfe, Jugendarbeit und Schule eröffnet werden? Wie können Adressat_innen pädagogischer und Sozialer Arbeit in ihrem – auch kulturellen – Anderssein anerkannt werden, ohne sie darauf zu reduzieren und andere wichtige Dimensionen dabei auszublenden?“ Ziel ist es, dass die Teilnehmenden ihre Kompetenzen erweitern, um

- die eigene Praxis mit ihren institutionellen und gesellschaftlichen Dimensionen im Kontext von Migrationsverhältnissen in einer rassismuskritischen Perspektive zu reflektieren;
- selbständig Workshops und Seminare in diesem Themenfeld mit der Zielgruppe Mitarbeiter_innen in (sozial-)pädagogischen Handlungsfeldern zu konzipieren und durchzuführen, bzw. diese Themen in andere Fortbildungen einzubinden;
- in Institutionen als Koordinator_in in einer Projektgruppe oder als dafür beauftragte Führungskraft interkulturelle Öffnungsprozesse und -projekte einzuleiten bzw. sie als externe_r Berater_in zu begleiten.

Termin: Mai 2017 – Juli 2018

Ort: Zentrum für Praxisentwicklung (ZEPR) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg sowie in einem Tagungshotel

Leitung: Andreas Foitzik, Prof. Dr. Annita Kalpaka
Infos zu Umfang, Voraussetzungen, Bewerbung etc. unter: <http://www.zepra-hamburg.de/bildungsangebot/paedagogisches-handeln-in-der-einwanderungs-gesellschaft/allgemein/>

SAVE THE DATE:

Hintergründe des aktuellen Rechtspopulismus und dessen „Geschäft mit der Angst“, Konsequenzen für die Bildungsarbeit und Perspektiven des Empowerments (Arbeitstitel)

Tagung des IDA-NRW, des Landesjugendringes NRW (LJR) und der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW (AJS) in Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland

Termin: 14. März 2017, 13:00 – 17:00 Uhr

Ort: Horionhaus, Köln-Deutz

Referierende: Hans-Peter Killguss (Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im EL-DE-Haus der Stadt Köln), Dr. Miriam Yıldız (Mitarbeiterin der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln), Christoph Alt (Pädagogischer Leiter der DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen).

Die Ausschreibung und Bewerbung der Tagung beginnt Mitte Januar.

Literatur und Materialien ...

... zum Thema Rechtsextremismus

Fielitz, Maik/Laloire, Laura Lotte (Hg.): Trouble on the Far Right. Contemporary Right-Wing Strategies and Practices in Europe (Political Science, Volume 39), Bielefeld: transcript, 2016

Gideon Botsch: Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds (Editio Rechtsextremismus), Wiesbaden: Springer VS, 2017

Goldmann, Michel/Hase, Max: Bullshit Quiz, Leipzig: rappel, 2015

Heim, Timo (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, 2017

Hessischer Jugendring (Hg.): Arbeitshilfe: Mit offenen Augen. Angebote, Materialien und Orte für eine Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016

Wochenschau Verlag (Hg.): Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Themenschwerpunkt: NSU. Die Folgen, Jg. 1/2016, Nr. 2, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Mälzer, Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 2016

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismus-und Antisemitismuskritik

Ahlheim, Klaus: Kritik, Aufklärung, politische Intervention. Gesammelte Aufsätze zur Erwachsenenbildung, Ulm: Klemm + Oelschläger, 2016

Alexander, Michelle: The New Jim Crow. Masseninhaftierung und Rassismus in den USA, München: Kunstmann, 2016

Benz, Wolfgang (im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin) (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 8: Nachträge und Register, Berlin/Boston: de Gruyter Saur, 2015

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e. V. (BER)/Stiftung Nord-Süd-Brücken (Hg.): Wirkt so oder so. Zweite Handreichung zur wirkungsorientierten Antragstellung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, Berlin 2015

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hg.): Handbuch Lernziel Gleichwertigkeit. Grundstufe, Berlin 2016

Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e. V. (bjke)/Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste/Jugendkunstschulen NRW e. V. (LKD) (Hg.): infodienst – Das Magazin für kulturelle Bil-

dung, Themenschwerpunkt „Vielfalt zulassen. Diversität gestalten“, Nr. 121, Oktober 2016, Unna 2016

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: Repräsentation in der Krise, 66. Jg., 40-42/2016, 4. Oktober 2016, Bonn 2016

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH (Hg.): Leitfaden für eine gelungene Beratung. Qualitätskriterien für die Beratung im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Kurzfassung), Berlin 2015

Castro Varela, María do Mar/Mecheril, Paul (Hg.): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart (X-Texte), Bielefeld: transcript, 2016

El Tayeb, Fatima: Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft (X-Texte), Bielefeld: transcript, 2016

Emcke, Carolin: Gegen den Hass, Frankfurt a. M.: S. Fischer, 2016

Espahangizi, Kijan/Hess, Sabine/Karakayali, Juliane/Kasperek, Bernd/Pagano, Simona/Rodatz, Mathias/Tsianos, Vassilis S. (Hg.): movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. Schwerpunkt: Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft, Jg. 2, Heft 1/2016, Bielefeld: transcript, 2016

Herrera Vivar, María Teresa/Rostock, Petra/Schirmer, Uta/Wagels, Karen (Hg.): Über Heteronormativität. Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Verhältnisse und konzeptuelle Zugänge (Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 45), Münster: Westfälisches Dampfboot, 2016

Kaddor, Lamya: Die Zerreißprobe. Wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht, Berlin: Rowohlt Berlin, 2. Aufl., 2016

Kößler, Reinhart: Namibia and Germany. Negotiating the past, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2015

Lavorano, Stephanie/Mehnert, Carolin/Rau, Ariane (Hg.): Grenzen der Überschreitung. Kontroversen um Transkultur, Transgender und Transspecies (Edition Kulturwissenschaft, Bd. 97), Bielefeld: transcript, 2016

Projektgruppe Nationalismuskritik (Hg.): Irrsinn

der Normalität. Aspekte der Reartikulation des deutschen Nationalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, 3. Aufl., 2016

Ranc, Julijana: „Eventuell nichtgewollter Antisemitismus“. Zur Kommunikation antijüdischer Resentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2016

Thiara, Ravi K./Condon, Stephanie A./Schröttle, Monika (Hg.): Violence against Women and Ethnicity: Commonalities and Differences across Europe, Opladen/Berlin/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 2011

Yıldız, Miriam: Hybride Alltagswelten. Lebensstrategien und Diskriminierungserfahrungen Jugendlicher der 2. und 3. Generation aus Migrationsfamilien (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2016

Ziai, Aram (Hg.): Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge (Edition Politik, Bd. 27), Bielefeld: transcript, 2016

... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Bergmann, Martin S./Jucovy, Milton E./Kestenberg, Judith S. (Hg.): Kinder der Opfer. Kinder der Täter. Psychoanalyse und Holocaust (Bibliothek der Psychoanalyse), Gießen: Psychosozial, 2016

Decker, Oliver/Haberkorn, Falk/Berger, Frank: Vom KZ zum Eigenheim. Bilder einer Mustersiedlung, Springe: zu Klampen!, 2016

Karthaus, Gabriele/Weber, Berthold/Zubala, Jens (Hg.): Forschendes Lernen in Majdanek. Erfahrungen aus der Projektarbeit (Geschichte unterrichten), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

Margalit, Gilad: Schuld, Leid und Erinnerung. Deutschland gedenkt seiner Toten im Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Rony Margalit (Historische Grundlagen der Moderne. Historische Demokratieforschung, Bd. 15), Baden-Baden: Nomos, 2016

Werker, Bünyamin: Gedenkstättenpädagogik im Zeitalter der Globalisierung. Forschung, Konzepte, Angebote (Sozialisations- und Bildungsforschung: international, komparativ, historisch, Bd. 17), Münster/New York: Waxmann, 2016

... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Arslan, Emre/Bozay, Kemal (Hg.): Symbolische Ordnung und Bildungsungleichheit in der Migrationsgesellschaft (Interkulturelle Studien), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Barboza, Amalia/Eberding, Stefanie/Pantle, Ulrich/Winter, Georg (Hg.): Räume des Ankommens. Topographische Perspektiven auf Migration und Flucht (Urban Studies), Bielefeld: transcript, 2016

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Challenging Chances. Flucht im Bild. Ein Projekt der Bertelsmann Stiftung mit Unterstützung durch laif Agentur für Fotos und Reportagen, Gütersloh 2016

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.): engagement macht stark! Magazin des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Sonderausgabe zur 12. Woche des bürgerschaftlichen Engagements, 16. bis 25. September 2016. Thema „Migration und Engagement“, 5. Jg., Sonderausgabe 2/2016, Berlin 2016

Gansbergen, Anna/Pries, Ludger/Witkowski, Juliana (Hg.): Versunken im Mittelmeer? Flüchtlingsorganisationen im Mittelmeerraum und das Europäische Asylsystem (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2016

Grinberg, León/Grinberg, Rebeca: Psychoanalyse der Migration und des Exils. Übersetzung aus dem Spanischen von Flavio C. Ribas (Bibliothek der Psychoanalyse), Gießen: Psychosozial, 2016

Hill, Marc: Nach der Parallelgesellschaft. Neue Perspektiven auf Stadt und Migration (Kultur & Konflikt, Bd. 8), Bielefeld: transcript, 2016

Hollstein, Tina: Illegale Migration und transnationale Lebensbewältigung. Eine qualitativ-empirische Studie (Research), Wiesbaden: Springer VS, 2017

Hossain, Nina/Friedhoff, Caroline/Funder, Maria/Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke: Partizipation – Migration – Gender. Eine Studie über politische Partizipation und Repräsentation von Migrant_innen in Deutschland (Arbeit, Organisation und Geschlecht in Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 4), Baden-Baden: Nomos, 2016

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „Afrikanische Migrantinnen und Migranten“, 38. Jg., Heft 4/2016, Weinheim: Beltz Juventa, 2016

Ismail, Nermin: Etappen einer Flucht. Tagebuch einer Dolmetscherin, Wien: Promedia, 2016

Kreutzer, Elena Enda: Migration in den Medien. Eine vergleichende Studie zur europäischen Grenzregion SaarLorLux (Interkulturalität. Studien zu Sprache, Literatur und Gesellschaft, Bd. 10), Bielefeld: transcript, 2016

Kriesi, Irene/Liebig, Brigitte/Horwath, Ilona/Riegraf, Birgit (Hg.): Gender und Migration an Universitäten, Fachhochschulen und in der höheren Berufsbildung (Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 46), Münster: Westfälisches Dampfboot, 2016

Medienprojekt Wuppertal (Hg.): Hin und weg 1. und 2. Filmreihe über Flucht und Folgen (jeweils als Doppel-DVD), Wuppertal 2016

Meier-Braun, Karl-Heinz: Die 101 wichtigsten Fragen: Einwanderung und Asyl (C. H. Beck Paperback; 7044), München: C. H. Beck, 2. aktualisierte Aufl., 2015

Papen Robredo, Gloria von: Der Umgang mit Migration im transformierten Wohlfahrtsstaat. Programmatik und Handlungsorientierungen der Freien Wohlfahrtspflege (Transformation des Sozialen – Transformation Sozialer Arbeit, Bd. 6), Wiesbaden: Springer VS, 2017

Pries, Ludger: Migration und Ankommen. Die Chancen der Flüchtlingsbewegung, Frankfurt a. M./New York: Campus, 2016

Richter, Michael: Neue Heimat Deutschland. Zuwanderung als Erfolgsgeschichte, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2016

Widersprüche e. V. (Hg.): Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Schwerpunkt: „Flucht – Provokationen und Regulationen“, 36. Jg., Ausgabe 141, September 2016, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2016

... zum Thema Migrationspädagogik

Böhmer, Anselm: Bildung als Integrationstechnologie? Neue Konzepte für die Bildungsarbeit mit Geflüchteten (Pädagogik), Bielefeld: transcript, 2016

Burkhardt-Mußmann, Claudia/Dammasch, Frank (Hg.): Migration, Flucht und Kindesentwicklung. Das Fremde zwischen Angst, Trauma und Neugier, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2016

Harboe, Verena Cornely/Mainzer-Murrenhoff, Mirka/Heine, Lena (Hg.): Unterricht mit neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen. Interdisziplinäre Impulse für DaF/DaZ in der Schule, Münster/New York: Waxmann, 2016

Carnicer, Javier A.: Bildungsaufstiege mit Migrationshintergrund. Eine biografische Studie mit Eltern und Söhnen türkischer Herkunft (Adoleszenzforschung. Zur Theorie und Empirie der Jugend aus transdisziplinärer Perspektive, Bd. 5), Wiesbaden: Springer VS, 2017

Mecheril, Paul (unter Mitarbeit von Kourabas, Veronika/Rangger, Matthias) (Hg.): Handbuch Migrationspädagogik (Pädagogik), Weinheim/Basel: Beltz, 2016

Molthagen, Dietmar/Schöne, Thilo (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch. Lernen in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch für die Bildungsarbeit in Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung in einer vielfältigen Gesellschaft, Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 2016

Quindeau, Ilka/Rauwald, Marianne (Hg.): Soziale Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Traumapädagogische Konzepte für die Praxis (Grundlagentexte Soziale Berufe), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2017

Verband für Interkulturelle Arbeit e. V. (VIA) (Hg.): VIA Magazin. Themenheft „Flüchtlinge II. Praxisberichte und Behördenhinweise“, Ausgabe Nr. 4-XIV-16, August 2016, Duisburg 2016

Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hg.): Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit. Schwerpunkt: Flüchtlingshilfe und Zuwanderung, 163. Jg., Ausgabe 5/2016, Baden-Baden: Nomos, 2016

Ziese, Maren/Gritschke, Caroline (Hg.): Geflüchtete und Kulturelle Bildung. Formate und Konzepte für ein neues Praxisfeld (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2016

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

DRK-Generalsekretariat, Bundesgeschäftsstelle Jugendrotkreuz (Hg.): Der Anstifter. Das Buch. Inhalte, Ideen & Impulse für die inklusive Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen (Ergebnisse des Projektes „Die Buntstifter“), Berlin 2016

Landesjugendring Berlin e. V. (Hg.): „Partizipation – Bildung – Integration“. Interkulturelle Öffnung

der Jugendverbandsarbeit in Berlin 2013–2016. Projektdokumentation, Berlin 2016

transfer e. V. (Hg.): Schriftenreihe Internationale Jugendmobilität. Schwerpunkt Flucht und Asyl, Ausgabe 2016, Köln 2016

Nachrichten

Pressemitteilung der Friedrich-Ebert Stiftung zur aktuellen *Mitte-Studie* „Gespaltene Mitte“

Im Jahr 2016 hat die FES-*Mitte-Studie* erstmals auch die Zustimmung und Ablehnung neuerechter Einstellungen in der Bevölkerung erfasst. In der Pressemitteilung heißt es dazu:

Die Neue Rechte transportiere über die Begriffe ‚Identität‘ und ‚Widerstand‘ ihre nationalistisch-völkische Ideologie und löse zunehmend den offenen Rechtsextremismus ab.

Verschwörungsmymen in Bezug auf eine vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, die Behauptung eines Meinungsdictats, eine Beschimpfung des ‚Establishments‘ als illegitim, verlogen und betrügerisch, die Forderung nationaler Rückbesinnung gegen die EU und der Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Politik bildeten ein zusammenhängendes neuerechtes Einstellungsmuster, das von fast 28 % der Bevölkerung vertreten werde. Je weiter rechts die Befragten sich selbst positionierten, desto eher würden sie auch diese Form neuerechter Einstellungen vertreten. 84 % der AfD-Wähler_innen neigten zu neuerechten Einstellungen.

40 % aller Befragten meinten, die deutsche Gesellschaft würde durch den Islam unterwandert. Mehr als jede_r Vierte (28 %) denke: ‚Die regierenden Parteien betrügen das Volk‘, ebenso viele beklagten: ‚In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.‘ (28 %) und forderten: ‚Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.‘ (29 %). Dagegen sei die Stimmung in der Bevölkerung in Hinblick auf die Geflüchteten deutlich positiver, als vielfach unterstellt. Die Mehrheit der Bevölkerung habe sich im Sommer 2016 wohlwollend oder zumindest in der Tendenz positiv zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland geäußert. Über die Hälfte der Befragten (56 %) fände die Aufnahme gut, weitere 24 % zumindest ‚teils-teils‘ gut und sei optimistisch, dass es der Gesellschaft gelinge, die aktuelle Situation zu bewältigen. Nur 20 % fänden es explizit ‚eher nicht‘ oder ‚überhaupt nicht‘ gut, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen habe. Eine kleine Minderheit fühle sich persönlich durch Flüchtlinge in ihrer Lebensweise (6 %) bzw. finanziell (7 %) bedroht, allerdings befürchteten rund ein Viertel der Befragten ein Absinken des Lebensstandards in

Deutschland. „Wir sollten der lauten Minderheit der Fremdenfeinde in den gesellschaftlichen Debatten nicht so viel Raum geben, sondern der demokratisch gesinnten Mehrheit mehr Aufmerksamkeit schenken“, sagt Beate Küpper vom Autorenteam der Studie bei der Präsentation.

Konfliktträchtig seien die weitverbreiteten muslimfeindlichen Einstellungen (19 %) und die Zustimmung zu Vorurteilen gegenüber asylsuchenden Menschen; sie seien von 2014 (44 %) auf 50 % in 2016 gestiegen. Stabil hoch seien auch Zustimmungen zu negativen Meinungen über langzeitarbeitslose Menschen; sie würden von fast der Hälfte aller Befragten geteilt (49 %).

Mit Blick auf Unterschiede in demografischen Gruppen fielen signifikante Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten auf: Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, die Abwertung von Sinti und Roma, asylsuchenden und wohnungslosen Menschen seien im Osten signifikant stärker ausgeprägt. Auch bei den rund 26 % Anhängerinnen und Anhängern der AfD fänden sich auffällig hohe Zustimmungswerte zu vorurteilsgeprägten und rechtspopulistischen Meinungen. Die Daten bestätigten: Jene, die die Ideen der AfD gut fänden, seien im Vergleich zu 2014 deutlich nach rechts gerückt. AfD-Sympathisant_innen seien menschenfeindlicher und rechtsextremer eingestellt als Nicht-Sympathisanten. Dieser Trend habe sich seit der letzten FES-Mitte-Studie verstärkt.

Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) werden seit 2002 vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld untersucht. Dabei handelt es sich um abwertende und feindselige Meinungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen. Die daraus resultierende zehnbändige Reihe der *Deutschen Zustände* und die Reihe der seit 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zweijahresrhythmus in Auftrag gegebenen *Mitte-Studien* zu rechtsextremen Einstellungen (bis 2012 in Kooperation mit der Universität Leipzig) werden in Form des vorliegenden Buchs nach 2014 zum zweiten Mal zusammengeführt. Es beschreibt auf Basis einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2016 das Bild einer gespaltenen Gesellschaft.

Für ein weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen

Aufruf von Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

DGB NRW, unternehmer nrw, die katholische Kirche in NRW und die evangelischen Kirchen in NRW haben im November einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt: „Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes, tolerantes und vielfältiges Bundesland, in dem Migranten und Zuwanderer bereits seit seiner Gründung einen festen Platz in unserer Gesellschaft haben. Das friedliche und respektvoll-

le Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur, Herkunft und Religion ist bei uns seit Jahrzehnten gelebte Realität.

Mit Sorge beobachten wir eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft. Populisten schüren Ängste und Hass gegen Flüchtlinge, Moslems und Andersdenkende. Im Internet beobachten wir eine Verrohung des zwischenmenschlichen Umgangs, anstelle des rationalen Diskurses treten Hetze und Verschwörungstheorien. Aber es bleibt nicht bei verbalen Attacken, die Zahl von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte ist so hoch wie nie zuvor.

Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände setzen sich für ein weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen ein. Rassismus, Ausgrenzung und Respektlosigkeit dürfen keinen Platz in unserem Miteinander bekommen. Wir sind uns sicher, dass Solidarität und Zusammenhalt Voraussetzung für eine gute Zukunft sind und stellen uns gegen jeden Versuch, unsere Gesellschaft zu spalten. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftliche Debatten durch sachliche Auseinandersetzungen und ein faires Ringen um die beste Lösung auszutragen sind, nicht durch Hass und Gewalt. Wir setzen uns ein für ein starkes und solidarisches Europa und sprechen uns gegen Nationalismus und Abschottung aus. Wir fühlen uns für die Menschen verantwortlich, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflüchtet sind, und sehen es als unsere Aufgabe, sie bei ihrer Integration zu unterstützen.

Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind sehr unterschiedliche Institutionen und haben zum Teil verschiedene Interessen. Uns verbindet aber ein gemeinsames Wertefundament, das auf einem klaren Bekenntnis zu unserem Grundgesetz, unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat beruht. Daher rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, Farbe zu bekennen und jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung oder Gewalt entschieden entgegenzutreten. Unser Frieden, unsere Freiheit und unser Wohlstand sind nicht selbstverständlich. Es braucht selbstbewusste Demokratinnen und Demokraten, die täglich dafür einstehen – in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und im privaten Umfeld.“

Neue Website und neuer Flyer zum Thema „Diversität“ des IDA e. V.

Die neue Website des IDA e. V. wurde nicht nur für Tablets und Smartphones optimiert, vielmehr umfasst sie auch den neuen inhaltlichen Bereich zum Thema Flucht und Asyl sowie eine vereinfachte Bestellmöglichkeit für die zahlreichen Materialien des Vereins.

Ebenfalls neu ist der Flyer „Was heißt eigentlich ... Diversität? Vielfalt?“ Er erläutert das Konzept diversitätsbewusster Ansätze in der Jugend- und Bildungsarbeit, nimmt eine Abgrenzung von Diver-

sity-Konzepten in Wirtschaft und Verwaltung vor und erläutert die Fußangeln des auf den ersten Blick so positiv besetzten Begriffs „Vielfalt“. Verschiedene Differenzlinien und Formen von Diskriminierung werden ebenso erläutert wie die Begriffe Intersektionalität und Normalität.

Der Flyer wird bis zu 20 Exemplaren kostenlos versandt; ab 21 Exemplaren werden die Portokosten zzgl. einer Versandkostenpauschale von 3,- € in Rechnung gestellt. Bestellung unter:

www.IDAev.de oder info@IDAeV.de

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2016/2017

Der Verein *Mach' meinen Kumpel nicht an! – Für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus* e. V. und seine Kooperationspartner schreiben zum elften Mal den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus. Auszubildende in Betrieben und Verwaltungen, Berufsschüler_innen, JAVs sowie die Gewerkschaftsjugend sind dazu aufgerufen, mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Ausgrenzung und Rassismus und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt zu setzen. Bis zum 15. Januar können Beiträge eingereicht werden, die im Jahr 2016 entstanden sind und die dazu motivieren, gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung aktiv zu werden. Die Preisverleihung findet im März 2017 in Mainz statt.

Infos: <http://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell/>

Förderung von Kulturmaßnahmen für geflüchtete junge Frauen durch das Paritätische Bildungswerk

Das Paritätische Bildungswerk fördert als Verband unter dem Titel „Frauen iD“ Bündnisse für Bildung, die kulturelle Projekte für geflüchtete junge Frauen zwischen 18 und 26 Jahren durchführen. Es handelt sich um eine 100 % Förderung mit einer maximalen Summe von 50.000 €, die im Auftrag des Bundesbildungsministeriums im Programm „Kultur macht stark“ vergeben wird. Gefördert werden Kulturangebote aus allen Sparten wie Malerei, Theater, Musik, Tanz und angewandte Kunst. Ziel ist es, das Selbstwertgefühl und die Selbstlernkompetenzen der geflüchteten Frauen „in Deutschland“ („iD“) durch kulturelle Bildungsangebote zu fördern. Anträge können jederzeit eingereicht werden, geförderte Projektmaßnahmen müssen bis Oktober 2017 abgeschlossen sein.

Infos: Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e. V., Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt a. M., Tel: 0 69 / 6 70 62 20, <http://www.frauen-id.de/>

Neues Online-Portal der Jugendmigrationsdienste

90.000 jungen Menschen mit sog. Migrationshintergrund haben im vergangenen Jahr den Dienst der bundesweit über 450 Jugendmigrationsdienste (JMD) in Anspruch genommen. Der erste Schritt geht dabei oftmals über das Online-Portal www.jugendmigrationsdienste.de

Hier finden Migrantinnen und Migranten im Alter zwischen zwölf und 27 Jahren Ansprechpersonen in Beratungsstellen vor Ort sowie alle Hilfsmöglichkeiten, die die lokalen JMD bieten. Auch können sie auf Wunsch die anonyme und mehrsprachige JMD-Onlineberatung nutzen. Angebote wie die Suche nach einem passenden Sprachkurs, sozialpädagogische Begleitung und Jobvermittlung, oder Modellprojekte wie „JMD2Start – Begleitung für junge Flüchtlinge im Jugendmigrationsdienst“ und die Onlineberatung „JMD4YOU“ werden auf dem neuen Portal ausführlich beschrieben. Dazu finden sich auf der Webseite Berichte aus der JMD-Praxis, Termine und Hinweise auf die Arbeit von Partnerorganisationen.

Ausstellung: Deutscher Kolonialismus

Das Deutsche Historische Museum öffnet seit dem 14. Oktober 2016 täglich seine Pforten für alle Besucher_innen der Ausstellung „Deutscher Kolonialismus – Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart“. Die Ausstellung zeigt offen die stark vom Überlegenheitsdenken Europas geprägte koloniale Ideologie. Zuzüglich zu den Texten in deutscher und englischer Sprache, werden wichtige Informationen auch in Brailleschrift (Blindenschrift), Leichter Sprache und als Video mit Gebärdensprache dargestellt.

Termin: 14.10.2016 – 14.05.2017

Ort: Deutsches Historisches Museum, Zeughaus und Ausstellungshalle, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

Infos: www.dhm.de